

SPUNited 2002

Ausgabe 5/02

Sonntag, 14. Juli 2002

Die offizielle Tagungszeitung des Schüler-Planspiels United Nations

WiSo?

Der WiSo beschäftigte sich gestern mit der wirtschaftlichen Situation der Palästinenser. Hierzu lag ein Resolutionsentwurf der Vereinigten Staaten vor, welche die neue Linie der Bush-Administration im Nahost-Konflikt fortsetzte, die schon im Sicherheitsrat für viel Aufregung gesorgt hatte.

Zur Debatte standen verschiedene Maßnahmen, um die brachliegende Wirtschaft in der Region wieder zu beleben. Der Vorschlag der amerikanischen Delegation sah unter anderem die Schaffung eines Hilfsfonds für Palästina vor, die das bisher sehr erfolgreiche "PEACE facility"-Projekt der dänischen Regierung ergänzen soll. Besonderen Wert legte die US-Vertretung dabei auf eine absolute Transparenz bei der Verwendung der empfangenen Wirtschaftshilfen, damit eine Veruntreuung der Gelder zur Unterstützung von Terrorgruppen in jedem Falle vermieden wird.

Auch wenn eine große Mehrheit des Ausschusses die Ideen der Resolution befürwortete, sprachen sich die Mitglieder der Arabischen Liga und besonders der Delegierte Bahrains massiv gegen eine zu starke Verurteilung und Gängelung der Palästinensischen Autonomiebehörde aus. Bei der Anhörung von Repräsentanten beider Seiten begrüßte der palästinensische Botschafter ausdrücklich die angebotenen Wirtschaftshilfen, zumal auch die Wiedereröffnung der "Safe Passage"-Straße zwischen dem Gaza-Streifen und dem Westjordanland in Aussicht gestellt wurde. Die israelische Delegierte hatte einen schweren Stand angesichts des Kurswechsels ihres engen Partners und

musste sich gegen Anschuldigungen, Israel zerstöre gezielt die palästinensische Infrastruktur, zur Wehr setzen. Hart schlucken musste sie auch bei Absätzen, die das Ende des Blockierens palästinensischer Arbeitnehmer durch die israelische Verwaltung forderten.

Zwischendurch sorgte der Einbringer USA selbst für Verwunderung, als sie ihre Nein-Stimme für die Resolution androhten, falls ein "ganz wichtiger" Absatz, der den palästinensischen Terror für den Niedergang der israelischen Wirtschaft verantwortlich mache, nicht noch nachträglich hinzugefügt werde. Um die Vorwürfe an die PA noch abzumildern, wurde dieser Antrag allerdings von den arabischen Staaten mit GO-Tricks und Haarspaltereien blockiert, was zu kompletter Verwirrung in Teilen des Ausschusses führte. Mehrere Abstimmungen sorgten immer wieder für Spannung, auch wenn schon sie drei Mal hintereinander durchgeführt werden mussten. Das Chaos ging soweit, dass sich die Vertreter Amerikas und Kubas gegenseitig der Schizophrenie bezichtigten.

Interessante Anregungen zur orthographischen Gestaltung kamen übrigens vom neuen Repräsentanten zur Erhaltung Deutscher Sprache, der Schweiz, der seine lyrische Ader spielen ließ und versuchte, einen Epos von Resolution zu verfassen.

Kubas Delegation hielt es dagegen als Contrapunkt für derart intellektuelle Höhenflüge für angemessen, ihre neue sozialistische Unterhosenkollektion vorzustellen.



Israel und die USA in der Wiso

Inhalt:

WiSo?	S. 1
Nach SPUN ist vor SPUN	S. 2
Kleine Flaggenkunde - Teil II	S. 3
Die Akte SPUN	S. 3
"Zionismus ist Rassismus"-Debatte	S. 4
Geschichte der Generalsekretäre (II)	S. 6
OFOS nimmt Stellung	S. 7
Die Generalversammlung	S. 7
Nachrichten aus aller Welt	S. 8

Impressum:

Herausgeber: SPUNited Pressteam
Vi.S.d.P.: Alex Rosen, alex@spun.de
Audiovisuelle Präsentation: Stefan Buchheit
Redakteure: Tim Nover, Tim Ziegler, Golnar Ghanbari, Marcin Olszowy, Flo Felderer, Alex Rosen

Vielen Dank an alle Helfer und Nachtfalter



Nach SPUN ist vor SPUN

Die Sitzungswoche geht dem Ende zu und ein paar Stunden nachdem Ihr diese Ausgabe der SPUNited in den Händen haltet werdet Ihr schon wieder auf dem Weg in den Alltag sein, sei es nun um nach einigen Stunden Autobahnfahrt in einer Ecke von Deutschland anzukommen oder nach ein paar Stunden in der Luft an einem anderen Ende der Welt das Flugzeug zu verlassen.

Auch das Orga-Team wird am Sonntagabend erstmal den Anzug in den Schrank hängen und versuchen, ein nicht zu vernachlässigendes Schlaf-Defizit auszugleichen. Aber schon in ein paar Wochen werden wir uns wieder zusammen setzen, um mit der Planung für nächstes Jahr zu beginnen.

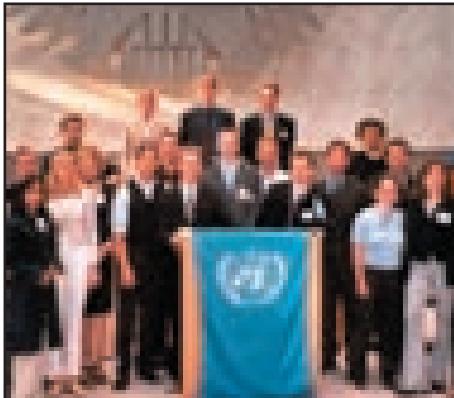
Einige von Euch haben uns schon gefragt, ob es möglich ist, sich nicht nur als Delegierter, sondern auch bei der Organisation zu beteiligen. Dazu ist nur zu sagen, dass wir uns über jeden, der sich bereiterklärt uns zu helfen, freuen. Außerdem sind wir immer auf der Suche nach Leuten, die sich vorstellen können, die Tagung auch mal von der anderen Seite, nämlich als Vorsitzender, zu erleben.

Im Folgenden wollen wir Euch deshalb kurz zeigen, wie die Vorbereitung so einer Sitzungswoche eigentlich abläuft und was Ihr dabei tun könnt.

Im Laufe des Sommers werden wir zunächst eine Auswertung der Sitzungswoche machen und feststellen, was besser werden muss, was uns dieses Jahr gut gelungen ist und welche neuen Ideen wir uns fürs nächste Jahr vornehmen sollten.

Überhört im SR: "In manchen Ländern ist es gerecht, dass eine Frau weniger als ein halbes Kamel wert ist."

Großbritannien im SR: "Vielleicht können wir uns ja darauf"



Das Orgateam im Bundestag

Dazu wird sich das Orga-Team zu einem Seminar irgendwo in Deutschland treffen und an einem Wochenende – von Freitagabend bis Sonntagmittag – alles besprechen. Das läuft ungefähr so ab wie bei der Sitzungswoche: Tagsüber arbeiten wir die anstehenden Punkte im Plenum oder in Kleingruppen ab und abends werden dann die Kontakte aufgefrischt... natürlich ohne Anzug sondern in sehr lockeren und freundschaftlichen Atmosphäre, da man sich bei einer Gruppe von ca. 20 Leuten sehr gut kennen lernt. Hier ist jeder willkommen der mitreden will und seine Meinung in die Diskussion einbringen möchte.

Danach werden dann im Herbst die neuen Vorsitzenden für nächstes Jahr gewählt. Hierzu bekommen alle Teilnehmer Bögen zugeschickt, auf denen Ihr Interesse anmelden könnt, wenn Ihr einen Posten übernehmen wollt.

In den darauf folgenden Monaten trifft sich das Orga-Team dann mehr oder weniger regelmäßig alle zwei bis drei Monate, um das Handbuch zu entwerfen, die Länderliste zu erstellen, die Bewerbung zu starten, die Länder an Delegationen

zu vergeben, die Unterbringungen zu planen, Ideen für das Abendprogramm zu sammeln, usw....

Jeder, der Interesse hat mitzumachen wird bestimmt etwas finden, wo er seine Fähigkeiten einbringen kann: Es müssen Dinge mit einem Layout versehen und Texte für das Handbuch geschrieben werden, die SPUN-Homepage wird immer mal wieder überarbeitet und auch bei der gesamten Datenverarbeitung können wir Unterstützung gebrauchen.

Neben der Möglichkeit Eure schon vorhandenen Fähigkeiten einzubringen könnt Ihr auch neue Erfahrungen sammeln. Nicht viele Schüler haben die Chance, mal als Vorsitzender ein Gremium von 40 Personen zu leiten. Dabei werden wir Euch natürlich unterstützen und Euch vorher einarbeiten. Außerdem habt Ihr die Gelegenheit Einblicke in ein Projektmanagement zu bekommen, selber Verantwortung zu übernehmen oder einfach zu sehen, wie Ihr eigene Ideen einbringen und umsetzen könnt.

Falls Ihr Lust bekommen habt, mal einfach bei einem Orga-Seminar vorbei zu schauen, Euch vorstellen könnt als Vorsitzender aktiv zu werden oder einfach Interesse habt auch zwischen den Sitzungswochen mehr von SPUN zu hören, dann schreibt uns eine Mail an bewerbung@spun.de. Wir werden Euch dann in unseren Verteiler aufnehmen, Euch zu Seminaren einladen und Euch auf dem Laufenden halten. Außerdem könnt Ihr natürlich auch jederzeit auf uns zukommen und fragen, wann das nächste Mal ein Seminar stattfindet oder ob es gerade etwas zu tun gibt. Wir freuen uns auf Euch!

Chris vom Carpe Noctem zum eventuellen Wiedererstarken der Taliban: "Rollschuhe waren schließlich früher auch ml out."

Delegierte Russlands im SR: "Ist das Lobbying oder Mobbing?"

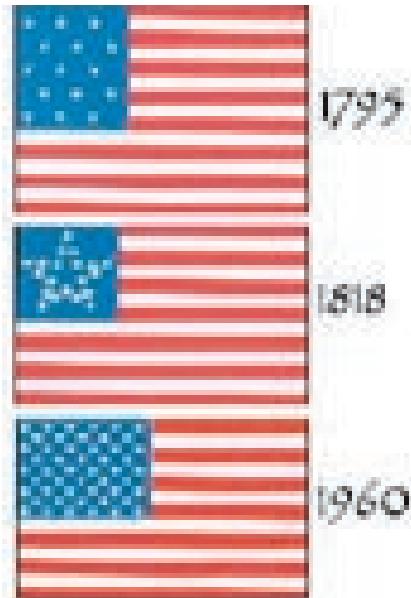
Christian Hang zum Zustand des Generalsekretariats: "Was ist das hier für eine SPUNordnung?"

Palästina in der WiSo: "Wir bekommen nicht einen Cent von Israel. Ihre Hilfe besteht darin, uns zu exekutieren."



Kleine Flaggenkunde - Teil II

Die Geschichte der Flagge der USA, der "Old Glory" oder "Stars and Stripes", wie sie oft bezeichnet wird, ist so alt wie die Geschichte der USA selbst. Während die Flagge der 13 britischen Kolonien hauptsächlich aus 13 parallelen, rot-weißen Streifen bestand (für jede Kolonie einen) und noch den Union Jack oben links trug (ähnlich wie Australien und Neuseeland), wurde dieses Symbol der britischen Fremdherrschaft mit der Unabhängigkeit durch 13 Sterne ersetzt, die die Zahl '76' bogenförmig umgaben (nach dem Jahr der Unabhängigkeit 1776). Mit der Aufnahme von Kentucky und Vermont in 1795 wurden sowohl die Zahl der Streifen als auch die der Sterne auf 15 angehoben, was zur Vergrößerung der Flagge in der Höhe führte. Als man 1817 fünf neue



Staaten aufnahm, einigte man sich darauf, die Flagge nicht mehr um je einen Streifen pro Staat zu verlängern, sondern kehrte zurück zu den ursprünglichen 13 Streifen, die die 13 alten Kolonien repräsentieren sollten. Pro neuem Staat sollte nun ein Stern hinzugefügt werden. Gegen 1818 waren es bereits 20 Staaten und die 20 Sterne wurden in der Form eines großen Sterns links oben in der Flagge arrangiert. Seitdem hat sich die US-Flagge 24 mal geändert, zuletzt mit der Aufnahme Alaskas und Hawaiis als 49. und 50. Staat in 1960. So kommen wir nun zu der heutigen US-Flagge mit ihren 13 Streifen und 50 Sternen.

AKTE SPUN

Die Wahrheit ist irgendwo in Bonn

Mysteriöse Dinge tun sich auf dem Venusberg: Nach der ungeklärten Attacke von Dienstag, bei der noch unbekannte Mächte ein Fenster zerstörten, häuften sich auch am Mittwoch und Donnerstag die rätselhaften Vorkommnisse. So tritt im Haus Venusberg eine Untergrundorganisation namens "OFOS" auf, die an zentralen Stellen der sanitären Versorgung ihre Pamphlete verbreitet und mehr Einfluss für Entwicklungs- und Schwellenländer fordert. Eine intensive Recherche der Redaktion ergab allerdings, dass es sich bei OFOS um das "Ocean Floor Orientation System" für Unterwasser-Livebilder handelt. Die Redaktion hat zusammen mit dem Orgateam die Special Agents F und M

vom Bundesnachrichtendienst in Pullach rekrutiert, um die Vorkommnisse weiter zu untersuchen und ein Täterprofil zu erstellen. Sachdienliche Hinweise werden in jedem G-Punkt oder unter der 24 h-OFOS Hotline: 0179/2951839 angenommen.

Besorgt mussten wir auch feststellen, dass der unheimliche "Wedler" wieder Einzug in den Sicherheitsrat gefunden hat. Nachdem er schon im letzten Jahr die Delegierten mit seinem Fahnengefuchtel bis in den Schlaf hinein verfolgte, konnte er nun nach einem Jahr Training seine Taktfrequenz deutlich steigern. Wir beobachten die Situation weiter sehr aufmerksam.

Ein weiteres Mysterium versteckt sich hinter dem plötzlichen Großeinsatz der Bonner Polizei am Donnerstagmittag vor dem Haus Venusberg. Ob ein Zusammenhang zum Auftauchen von "OFOS" oder des "Wedlers" besteht, bleibt noch unklar. Vermutungen des SPUN-Orgateams, es handele sich um Untersuchungen des Bundeslärmschutzes zwecks Verbesserung der nächtlichen Schallsituation, bestätigten sich nicht. Nachfragen beim Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst sowie bei der Apotheke um die Ecke blieben erfolglos.

TN

Russland im SR: "Indien, wie viele Atomwaffen sind eigentlich genug. Reicht eine oder müssen es gleich zehn sein?"

Indien darauf: "Wir wollen wenigstens fünf mehr als Pakistan."

Kuba im WiSo: "Wir behalten uns vor, als einzige Nation Änderungsanschläge durchzuführen."

Ben Bommert schwingt sich in seinen Anzug auf dem Weg in die GV: "So, ich geh jetzt wieder die Welt retten."

Bahrain im WiSO: "Ich versuche nicht so schnell zu reden, dass ich hyperventiliere muss."

Delegierter Chinas: "Was muss man eigentlich sagen, um bei euch in der SPU-Nited zitiert zu werden?"



Tag der Abrechnung

Folgereiche UN-Entscheidungen - Teil IV

Die "Zionismus ist Rassismus"-Resolution von 1975

Der 10. November, 1975 war für viele der schwärzeste Tag der Vereinten Nationen. An diesem Tag wurde über eine Resolution der arabischen Staaten und der Sowjetunion abgestimmt, die den Zionismus als rassistische Doktrin brandmarkte. Resolution 3379 war als Reaktion auf die israelische Besatzungspolitik seit dem Sechstagekrieg entstanden. Damals hatte Israel, nachdem es einen drohenden Dreifrontekrieg mit Syrien, Ägypten und Jordanien durch einen Präventivschlag abgewehren konnte, den ägyptischen Gazastreifen und die Sinaihalbinsel, das jordanische Westjordanland, sowie die syrischen Golanhöhen besetzt. Auch Ostjerusalem, bislang von Jordanien verwaltet, fiel den israelischen Streitkräften zu. Statt diese Gebiete gegen einen stabilen Frieden zurück zu geben, der übrigens von der Gegenseite auch nicht offerierte wurde, beschlossen die israelischen Militärs und Regierungshäupter, den Ostteil der vorher geteilten Hauptstadt zu annexieren und Israel einzuverleiben. Die West Bank und der Gazastreifen sollten auf unabsehbare Zeit besetzt werden, die Golanhöhen auf Grund ihrer immensen strategischen und geopolitischen Bedeutung wurden ebenfalls annexiert. So wurde für viele Israelis der Traum von Großisrael Wirklichkeit, den man sich vorher gar nicht getraut hatte zu träumen und für die Menschen in den Besetzungszonen und den Flüchtlingslager jenseits der Grenzen begann die lange Zeit des Leidens.

Zwar fanden keinerlei Progrome, Vertreibungen, Erschießungen oder dergleichen statt, aber die Palästinenser im Westjordanland und dem Gazastreifen wurden zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Ihre Trinkwasserversorgung wurde zwar verbessert, aber absichtlich stets unterhalb des israelischen Niveaus gehalten. Schulen, Krankenhäuser und weitere soziale Einrichtungen wurden zwar gebaut und subventioniert, aber keineswegs auf gleichem Niveau



Die Abstimmungstafel

wie die im Staat selber. Politische Bewegungen wurden gezielt gefördert und gegen einander ausgespielt um keine Opposition aufkommen zu lassen. Die Besetzungsgebiete wurden praktisch zu Kolonien umfunktioniert, die Israels wirtschaftliche Entwicklung absichern sollten. Palästinensische Arbeitskräfte wurden für geringverdienende Tätigkeiten ins Land geholt, allerdings im Vergleich zu ihren israelischen Mitarbeitern oft drastisch unterbezahlt. Die Situation der Palästinenser in den Besetzungsgebieten, besonders im Gazastreifen wurde, durch die große Zahl von Flüchtlingen, die aus den übrigen Teilen des Landes geflohen waren, langsam unhaltbar.

Wenige Monate nachdem sich Israelis zum ersten Mal mit den Ägyptern an einen Tisch gesetzt und über Friedensverhandlungen geredet hatten, entwarfen die arabischen Länder der UN eine Resolution, die sich auf mehrere Dokumente bezog, die den Zionismus bereits als rassistische Doktrin bezeichneten. Eine davon war die Resolution 1904 vom 20. November 1963 zur "Eliminierung sämtlicher Form der rassistischen Diskriminierung", die besagt, dass jede Doktrin der rassistischen Differenzierung oder Überlegenheit wissenschaftlich falsch, moralisch verwerflich, sozial ungerecht und gefährlich sei. Eine weitere war die Resolution 3151 vom 14. Dezember, 1953, in der die Unheilige

Allianz zwischen dem Apartheid-Regime Südafrikas und dem Zionismus kritisiert wird. Auch eine Erklärung der Mitglieder des Non-aligned Movement wurde zitiert, welches auf der Konferenz in Lima im August 1975 entworfen worden war und den Zionismus als "Gefahr für den Weltfrieden" bezeichnet hat. Resolution 3379 bestand aus lediglich einem einzigen operativen Absatz: "Stellt fest, dass der Zionismus eine Form vom Rassismus und rassistischer Diskriminierung ist."

Heftige Debatten waren der Abstimmung am 10. November voraus gegangen. Die USA, die diese Verleumdung ihres Alliierten nicht hinnehmen wollte, übte heftigen Druck auf die von ihr wirtschaftlich abhängigen Länder aus. Außerdem erinnerte sie zahlreiche Länder, wie die BRD, Italien und Frankreich an ihre moralische Verpflichtungen den Juden gegenüber. Die Israelis argumentierten, dass die arabischen Länder und die Sowjetunion, von denen diese Resolution ausgegangen war, viel rassistischere Politik betrieben als Israel und das die Präsenz von Menschen aus über 100 Ländern, sowie rund einer Million Moslems, Christen, Drusen, Bahai und Circassianer in Israel gegen den Vorwurf von Rassismus spreche. Man zitierte die Ausgrenzung von Palästinensern in allen arabischen Ländern außer Jordanien und warf den Arabern vor, die palästinensischen Flüchtlinge nicht in ihre Länder zu lassen. Man verglich sich mit Ländern wie Norwegen, Korea und Finnland, in denen es ebenfalls große ethnische Minderheiten gab und weigerte sich, in der Besetzungspolitik eine Form des Rassismus zu sehen. Die Briten warfen den Israelis vor, bereits durch den Davidsstern in ihrer Flagge eine Diskriminierung der Nichtjuden vorzunehmen, worauf der Präsident Israels, Chaim Herzog, auf die drei Kreuze der britischen Flagge verwies.



Für viele wirkten die Debatten wie eine Neuauflage der Diskussionen von Flushing Meadows. Wieder sah es so aus, als würden sich die ehemaligen Kolonien, die Sowjetunion, der slawische Block und die arabischen Staaten auf einer Seite finden. Wieder wurde hinter den Kulissen Druck ausgeübt, Versprechungen gemacht, Stimmen versprochen und Versprechen wieder gebrochen. Die USA versuchte alles, um die Resolution vor ihrer Abstimmung noch aufzuhalten, konnte aber nicht verhindern, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. November darüber abstimmte, ob Zionismus nun Rassismus sei oder nicht.

Hier vielleicht ein kleiner Einschub: Das Wort Zionismus stammt vom Berg Zion, einem der Hügel, auf dem Jerusalem erbaut worden war. Zion war über die Jahrhunderte ein Synonym für Jerusalem geworden und so bezeichnete der Zionismus die Rückkehr nach Jerusalem. Er begann als nationalistische Bewegung des mittleren 19. Jahrhunderts, die eine Rückkehr aller Juden in ihre biblische Heimat propagiert hatte. Er war nie religiös orientiert gewesen und hatte seine größten Unterstützungen im osteuropäischen Raum gefunden, wo er häufig mit sozialistisch-utopischen Theorien gekoppelt wurde und zu Migrationswellen von russischen und polnischen Juden nach Palästina führte. Während des gesamten 20. Jahrhunderts folgte eine Migrationswelle der anderen. Waren es in den Jahren zwischen den Kriegen vor allem britische, russische und französische Juden, strömten während der dreißiger Jahre und während des Zweiten Weltkriegs Zehntausende von deutschen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen, griechischen und slawischen Juden ins britische Mandat. Auch aus den USA kamen Tausende von Zionisten, Juden, wie auch Christen.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurden sämtliche Juden der arabischen Länder umgebracht oder des Landes verwiesen, so dass große Schübe ägyptischer, marokkanischer, syrischer, irakischer und iranischer Juden ins neu gegründete Israel flüchteten. Bis zu diesem Zeitpunkt war der Zionismus eine rein migrationsorientierte Bewegung gewesen, die zwar die Existenz des



Chaim Herzog zerreißt die Resolution

palästinensischen Volkes nicht bedachte, jedoch auch nicht gegen die Angehörigen des selben gerichtet war. Erst mit dem Entstehen eines Nationalstaates wurde der Zionismus zu einer Art israelischem Nationalismus, der, in seiner hässlichsten Auslegung, auch eine Überlegenheit gegenüber den Arabern propagierte, besonders nach dem Sechstagekrieg. Dennoch fungierte er auch weiterhin als Motor für zahlreiche Migrationen, wie den Spektakulären Luftraukarrierungen jemenitischer, ägyptischer und später auch äthiopischer Juden.

Als es am 10. November dann so weit war, strömten die Delegierten bereits mehrere Stunden vor Eröffnung der Sitzung in den Plenarsaal. Mit Spannung erwartete man den Ausgang der Abstimmung, obwohl es ganz danach aussah, als würde sich die Resolution durchsetzen können. Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, wurde von den USA eine namentliche Abstimmung über die Resolution beantragt. Es kam, wie es kommen musste. sämtliche Länder des Ostblocks, also Ungarn, Polen, die Ukraine, die UdSSR, die Obere Volta, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Weißrussland, die Tschechoslowakei und die DDR stimmten für den Resolutionsentwurf. Ebenso der arabisch-moslemische Block, der mittlerweile 25 Stimmen auf sich vereinigte, und etliche ehemaligen Kolonien, wie Guinea, Indien, Niger, Rwanda, Senegal, Somalia, Kamerun, Brasilien, Kongo und Gambia.

Dem entgegen standen die demokratischen Westeuropäer, Italien,

Frankreich, Österreich, die BRD, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Großbritannien, Irland, Norwegen, Dänemark, Schweden und Finnland, sowie die USA, Australien, Neuseeland, Kanada, Israel und etliche, von den USA abhängige Länder wie Costa Rica, El Salvador, Haiti, Honduras, Nicaragua, Bahamas und die Dominikanische Republik. Der US-Amerikanische Delegierte erklärte den Zionismus bei seiner Abstimmung zu einer „gesunden Form des Nationalismus“, während der Delegierte Costa Ricas die Resolution als „Einladung für einen weiteren Völkermord an dem jüdischen Volk“ bezeichnete. Chaim Herzog, der israelische Delegierte zeriss symbolisch den Resolutionsentwurf und erntete dafür eine Salve an Verwünschungen und Drohungen aus dem arabischen Block. Letztendlich gab es, nachdem alle 139 Mitgliedsstaaten ihre Stimme abgegeben hatten, 72 Stimmen für, 35 gegen die Resolution und 32 Enthaltungen.

Über fünfzehn Jahre war diese Resolution der Grundstein der Nahostpolitik der UN. Israel wurde als einzigem Land der Welt die Aufnahme ins Internationale Komitee des Roten Kreuzes/Halbmonds verweigert. Erst am 15. Dezember, 1991 wurde die Resolution, die ein Land über 15 Jahre lang ins politische Abseits gestellt hatte, zurück genommen. Nach der Palästinensisch-Israelischen Friedenskonferenz in Madrid im Oktober und der Bombardierung Tel Avivs durch Saddam Hussein während des Golfkriegs hatte Israel international wieder an Sympathie gewonnen. Dennoch wird vielerorts der Zionismus noch immer mit Rassismus gleich gesetzt, wie erst vor kurzem auf der Rassismuskonferenz in Durban, Südafrika zu sehen war. So ist Israel bis vor kurzem das einzige Land gewesen, das keiner der Regionalgruppen zugeordnet wurde, welche die Mitglieder der UN-Gremien aus ihren Reihen wählen. Zwar gehört es eigentlich in die Asiatische Gruppe, die jedoch verweigerte Israel die Aufnahme, so dass es Israel erst seit dem Jahr 2000, mit seiner Aufnahme in die Europäische Gruppe möglich ist, bei den Besetzungen des WiSo und des SR mit abzustimmen. Selbst gewählt werden darf Israel als einziges Land in den UN jedoch nicht.

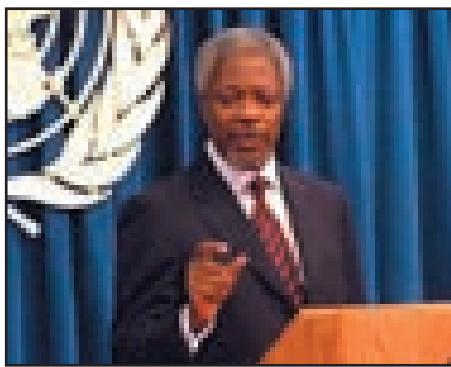


Der unmöglichste Job der Welt (Teil II)

Boutros Boutros-Ghali (1992 – 1996)

Nach den zwei Amtszeiten Cuellars trat am 1. Januar 1992 der ägyptische Außenminister Boutros Boutros-Ghali sein Amt als neuer Generalsekretär an. Nach dem endgültigen Zusammenbruch der Sowjetunion entwickelte sich die UN in eine Richtung, die schon unter Cuellar absehbar war: sämtliche Probleme wurden in New York abgeladen, aber die Finanzkrise verschärfte sich. Die UN-Friedensinitiativen in Jugoslawien und Somalia wurden zum Desaster und zeigten der Weltöffentlichkeit, dass die Vereinten Nationen weit entfernt von ihren, in der Charta gesteckten, Zielen waren, nämlich das internationale Forum zur Schaffung und Erhaltung des Weltfriedens zu sein. Boutros-Ghali entwarf in seiner "Agenda für den Frieden" ein Reformprogramm für die UN, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden und die überhöhten Erwartungen an die UN zu reduzieren.

Obwohl er bei seiner Wahl angekündigt hatte, nur für 5 Jahre im Amt bleiben zu wollen, kündigte er 1995 an, für eine zweite Amtszeit zu kandidieren. Dieser Schritt wurde von zahlreichen Mitgliedsstaaten begrüßt, einzig die USA sahen eine weitere Kandidatur Boutros-Ghalias kritisch. Der Generalsekretär hatte bei mehreren Gelegenheiten Amerika im Zusammenhang mit seinen Schulden in New York attackiert ("Diejenigen, die durch das Verweigern ihrer Beiträge die Vereinten Nationen erst so ineffektiv machen, sagen, dass sie ihre Beiträge verweigern, weil die Vereinten Nationen ineffektiv sind."). Der republikanische Präsidentschaftskandidat Bob Dole forderte einen weiteren Rückzug Amerikas aus den Vereinten Nationen und stellte Boutros-Ghali als Gegner Amerikas dar, der amerikanische Steuergelder für unamerikanische Ziele verschwendet. Mit diesem innenpolitischen Druck entschied sich die Clinton-Regierung, Boutros-Ghali zu opfern. In einer dubiosen, mit fadenscheinigen Argumenten geführten Kampagne gegen den Kopf der UN setzte sich die US-Linie durch. Obwohl nahezu alle Mitgliedsstaaten für eine zweite Amtszeit Boutros-Ghalias waren, behauptet die US-Regierung,



Der derzeitige Generalsekretär Kofi Annan

dieser hätte die Reform der UN nicht genug vorangetrieben und wäre zu sehr Diplomat und zu wenig Verwalter.

Bei der Abstimmung im Sicherheitsrat am 19. November 1996 stimmt die Repräsentantin der USA bei den UN, Madeleine Albright, als einzige gegen die Wiederwahl Boutros-Ghalias und legt damit das Veto ein. Boutros-Ghali und viele weitere Diplomaten und Beobachter zeigen sich hoch enttäuscht vom Alleingang der Vereinigten Staaten und dem persönlichen Verhalten seiner Repräsentanten (Bill Clinton lehnte es ab, Boutros-Ghali zu treffen oder auch nur einen Kommentar zur Lage abzugeben; Madeleine Albright machte aus ihrer persönlichen Abneigung keinen Hehl). Nach der Abstimmung setzen die USA die Organisation der afrikanischen Einheit (OAU) unter Druck, neue Namen für das Amt vorzuschlagen. Andernfalls könnte nicht garantiert werden, dass auch der Nachfolger Boutros-Ghalias aus Afrika stammt.

Die Afrikaner weigerten sich zunächst ("Unser Kandidat heißt Dr. Boutros-Ghali"), gaben aber nach wochenlangen Hinterzimmerdebatten und massivem Druck nach und nannten vier mögliche Kandidaten. Nun zeichnet sich ein Sprachproblem ab: Die Franzosen waren gegen einen rein englischsprachigen Generalsekretär, Amerikaner und Briten lehnen dagegen frankophone Kandidaten ab. In letzter Minute konnte Albright nach einem Gespräch mit ihrem französischen Kollegen ein Veto Frankreichs gegen den Ghanaer Kofi Annan verhindern. Am 13. Dezember wurde dieser einstimmig vom

Sicherheitsrat gewählt und kurz vor Ende der Sitzung der Generalversammlung von dieser bestätigt.

Kofi Annan (1997 – 2006?)

Am 1. Januar 1997 trat der ghaneische Ökonom die Nachfolge Boutros-Ghalias an. Annan ist der erste Generalsekretär, der aus den Reihen der UN selbst kommt. Seit dem Abschluss seines Studiums arbeitete Annan in den verschiedensten Organisationen des UN-Systems in Genf, Afrika und New York. Seit 1993 war er zuständig für die Peacekeeping-Einsätze der Blauhelmtruppen und seit 1994 Untergeneralsekretär. Nach seinem Amtsantritt engagierte sich Annan unentwegt für eine Reform der UN.

Als Ökonom hat er das Sekretariat und Management der UN grundlegend umgebaut: es wurden 1000 Stellen abgebaut, der Haushalt um 120 Mio. Dollar gekürzt und die Verwaltung gestrafft. Im Jahr 2000 war er der Initiator des Millennium-Gipfels in New York, an dem über 150 Staatschef aus der ganzen Welt teilnahmen. Prioritäten und Hauptziele Annans sind die nachhaltige Entwicklung Afrikas (insbesondere die Bekämpfung von AIDS), die Reform des Sicherheitsrats und die Förderung von Frauen im Sekretariat. Als einer seiner ersten Maßnahmen schuf er deshalb das vorher nicht existierende Amt des stellvertretenden Generalsekretärs und berief zu seiner Unterstützung die Kanadierin Louise Fréchette in dieses Amt.

Am 10. Dezember 2001 wurden Kofi Annan und den Vereinten Nationen der Friedensnobelpreis verliehen. Laut Ansicht des Nobelkomitees habe "niemand mehr für die Wiederbelebung der UN" geleistet als Annan. Im Juni 2001 wurde Annan von der Generalversammlung für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt, seine Amtszeit endet im Dezember 2006. Dann wird der nächste Generalsekretär bestimmt, der aller Voraussicht nach aus Asien stammen wird.

Tim Nover



S.A.I.: Kompetenter Geheimdienst

“Wer ist OFOS?” Das war wohl neben “Wieviel Ben steckt in dir?” die meistgestellte Frage, nachdem am Mittwochvormittag ein Flugblatt dieser Organisation auf der Toilette aufgetaucht war. Mit ihren provokanten Aussagen spaltete sie die SPUN-Gemeinde.

Das Orgateam reagierte sofort und setzte eine Task Force S.A.I. (SPUN Agency of Investigation) aus internationalen Spezialisten ein. Das Team um den berühmt-berüchtigten Special Agent Costa Rico vom LKA München nahm sofort seine Ermittlungen auf. Die Sicherheit wurde durch die Anstellung eines als Saaldiener getarnten Mitarbeiter der S.A.I. auf ein Maximum angehoben. Während sich die ausgeklügelten Ermittlungsmethoden des Agenten Rico darauf beschränkten, als angeheiterter SPUNer getarnt auf der Party willkürlich Leute nach dem OFOS-Rätsel zu fragen, und nicht sofort den erwünschten Erfolg erzielten, musste Agent Rotmann schon am Freitag sein ganzes Können unter

Beweis stellen. Wie Generalsekretär Ben Bommert erst heute bekannt gab, vereitelte er am Freitag einen Anschlag auf sein Leben. Wir berichteten darüber.

Auch die anderen Agenten waren nicht untätig geblieben und erstellten folgendes Täterprofil: Älter als 16 und jünger als 30, etwa mittelgroß, fließend deutsch sprechend und ungefähr zweimal bei SPUN (+/- 1). Somit wurde die Tätersuche auf einen Kreis von ungefähr 70 Leuten eingegrenzt. Costa Rico begann, wahllos Leute aus diesem Kreis herauszugreifen und zu verprügeln.

Seine unkonventionelle Methoden zur Problemlösung bewies er schon, als er die allgemeine Unruhe in der Vollversammlung damit lösen wollte, alle Delegierten von Attac bis Zett rauszuschmeißen. Zwar wurde dies vom Vorsitz unterbunden, “danach hätte allerdings Totenstille geherrscht”, so Rico zur SPUNited.

Dann: der erste heiße Tipp. Ein anonym bleibender Informant sagte zu,

Kontakt zur OFOS aufzunehmen. Nun konzentrierten sich die Ermittlungen auf diese Spur, die sich nach einer hektischen Fahndung am Samstag Abend als falsche Fährte herausstellte.

Wahrscheinlich sah Lorenz P. (19) den hilflos durch die Lobby rennenden Costa Rico, der den Tränen nahe Leute anflehte, sich als OFOS auszugeben. Wie Rico beteuerte: “Wenn die Presse einen schuldig spricht, dann ist er auch schuldig, denn ich habe bedeutende Beziehungen zu der Chefredaktion der SPUNited. Das habt Ihr nun davon, dass jeder schreiben kann, was er will.”

OFOS-Chef Pöllmann hatte Mitleid; er stellte sich freiwillig. Rico wurde von seinem Posten enthoben und musste ihn an Santa Lucio abgeben, der im folgenden Artikel die Ziele und Hintergründe der OFOS aufdeckt. Rico teilte auf Nachfrage mit, er wolle seinen Lebensabend in einer mittelamerikanischen Bananenrepublik genießen.

FF (phr)

OFOS nimmt Stellung

Nachdem der von SPUN ins Leben gerufene Geheimdienst SAI (SPUN Agency of Investigation), nicht dazu in der Lage war das Rätsel um OFOS zu lösen, sind wir von der SPUNited umso mehr darüber erfreut, dass der Verfasser der mysteriösen Flugblätter selbst an uns herangetreten ist, um rechtzeitig zum Ende der Sitzungswoche, die Frage “Was ist OFOS?” zu lösen.

OFOS bedeutet “Organisation Freedom of Speech”. Es handelt sich hierbei um eine Organisation, die sich des Rechtes der freien Meinungsäußerung bedient und diese auf friedliche Art und Weise durch Flugblätter kundtut. Die Organisation besteht aus einer Person, nämlich dem Delegierten Paraguays Lorenz Pöllmann. Die Aktion wurde von Lorenz bereits zu Hause in Eigenregie vorbereitet und sämtliche Flugblätter wurden vor der Anreise gedruckt und hierher mitgebracht. Das Ziel war es etwas positive Verwirrung zu stiften, dass die Teilnehmer spekulieren wer oder was wohl dahinter stehe, dass

diverse Debatten losgehen und man sich in Unsicherheit wiege: “Es hat wunderbar funktioniert, ich bin mit dem Ergebnis sehr zufrieden und auch ein bisschen stolz”. OFOS verfasste die Flugblätter objektiv ohne bestimmte Länder direkt zu provozieren: “Auch wenn ich das vielleicht mit dem Flugblatt ‘Wir brauchen keine Weltpolizei!!!’ getan habe, was aber nicht zu offensiv formuliert war und ich stehe da auch voll dahinter.”

Das erste Flugblatt hing auf den Herrentoiletten und sollte die “großen” Länder dazu auffordern kooperativ zu sein und auch den “kleinen” eine Chance zu geben. Kurz gesagt: “Es sollte ein Appell sein, der SPUN und der Gleichberechtigung der Länder dienen sollte.” Im Sinne des übergeordneten SPUN-Themas “Kriege für den Frieden?” sollte das orangene Flugblatt “Fighting for peace is like fucking for virginity.” den Titel aufgreifen. “Ich denke, dass es hierzu keinen passenderen Spruch gegeben hätte.” Die Logistik sei relativ

einfach gewesen: OFOS ist durch die Gebäude gelaufen und hat sich sämtliche strategische Orte angesehen, nach Eignung ausgewählt und die Objekte ausgelegt.

Die brennendste Frage, die sich manche Delegierte gestellt haben, war wie denn die Flugblätter schon in der Früh in die Ausschüsse gelangen konnten. Das lenkte den Verdacht natürlich darauf, dass jemand aus dem ORGA-Team hinter OFOS stehen müsse. “Dieses Rätsel kann ich ganz einfach dadurch lüften, dass ich mich schon am ersten Tag mit der Putzfrau angefreundet habe. Ich bin jeden morgen extrem früh aufgestanden und konnte mit ihr als erster den Saal betreten und die Zettel verteilen.”

Die Redaktion freut sich über diese witzige und provokante politische Aktion und gratuliert OFOS zum einwandfreien Gelingen. SPUN, das ja eine politische Veranstaltung ist, hat lange darauf gewartet, dass jemand in Eigenengagement Politik in Form von freier Meinungsäußerung vorlebt.

MO



NACHRICHTEN

NEW YORK, USA

Nach zähen Verhandlungen um eine mögliche Immunität von US-Soldaten bei UN-Einsätzen hat die US-Regierung im Weltsicherheitsrat beim Streit um die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs einen zweifelhaften Kompromiss erreicht. Der SR stimmte einer begrenzten Immunität zu. Damit wurde auch der Weg frei für die Verlängerung des zuvor von der Bush-Regierung blockierten Mandats für die Sicherheitstruppe SPUNMIBH in Bosnien-Herzegowina bis ins Jahr 2003. Mit dieser Einigung ist die US-Regierung von ihrer Maximalforderung abgerückt, US-Bürger für eventuell bei Friedenseinsätzen begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit unbefristet



Dürfen sich wieder trauen - US-Soldaten in Bosnien

von der Verfolgung durch den ICC in Den Haag auszunehmen. Unter internationalem Druck gaben sie sich mit einer, auf zwölf Monate befristeten Immunität zufrieden, die vom SR verlängert werden kann. Die Regelung gilt für US-Bürger und Staatsangehörige aller anderen Länder, die den ICC in Den Haag ablehnen. Jeder Versuch des Gerichts, einen Amerikaner anzuklagen, werde ernsthafte Konsequenzen haben. Die Präsidentin des Sicherheitsrats, Dana Rosen, zeigte sich erleichtert über die Entscheidung und die Tatsache, dass sowohl der Fortbestand des IStGH und der Friedensmissionen gesichert ist. Auch SPUN-Generalsekretär Ben Bommert zeigte sich dankbar, dass der Rat diese "schwierige Aufgabe" gelöst habe. Er habe sich große Sorgen

um die Zukunft des IStGH gemacht. Kanadas Repräsentant im Sicherheitsrat sprach dagegen von einem traurigen Tag für alle Unterstützer des neuen Weltgerichts. Die Resolutionen sei von vielen Länder nicht unterstützt worden. Vor allem Mexiko hatte sich bis zuletzt gegen die erreichte Einigung gewehrt, hatte dann aber doch noch eingelenkt, um die UN-Friedensmissionen nicht zu gefährden. Die Kritiker befürchten, dass die pauschale Immunitäts-Regelung die Glaubwürdigkeit des ICC stark erschüttert. Das nunmehr verlängerte Bosnien-Mandat betrifft die weitere Stationierung einer 1.500 Mann starken UN-Truppe. SPUN-Generalsekretär Ben Bommert sprach dem Sicherheitsrat Anerkennung dafür aus, die schwierige Frage gelöst und gemeinsam eine Entscheidung getroffen zu haben.

CARACAS, Venezuela

Auf den Straßen der venezolanischen Hauptstadt Caracas haben sich 600.000 Menschen versammelt, um gegen den Präsidenten Hugo Chavez zu demonstrieren. Der Gewerkschaftsverband, der an der Spitze der Bewegung steht, forderte den Rücktritt des umstrittenen Machthabers und drohte mit einem Generalstreik. Vor drei Monaten hatte bei einem gescheiterten Putsch die Gegner Chavez das Militär für drei Tage die Regierung gestellt, bis Chavez von loyalen Truppen wieder eingesetzt wurde. Seitdem ist das Land innerlich gespalten und befindet sich in einer schweren Wirtschaftskrise.



Gaaaanz ruhig!

KABUL, Afghanistan

Nach mehreren verhängnisvollen Fehlern bei den US-Militäraktionen in Afghanistan haben sich nun sechs Provinzgouverneure gegen Washington gestellt. Der einflussreiche Gouverneur vor Kandahar, Gul Agha, forderte die Absegnung von US-Einsätzen durch eine afghanische Kommission. Das Pentagon gab bekannt, dass man im Allgemeinen die Militärschläge mit der afghanischen Regierung abspreche, bei einer "unmittelbar drohenden Gefahr" werde man jedoch weiter so handeln wie bisher.



Sie machen Afghanistan platt...

LONDON, Großbritannien

Ehemalige Offiziere der irakischen Armee trafen sich am Freitag in London, um einen Sturz von Präsident Saddam Hussein vorzubereiten. Gerüchte, es handele sich um eine weitere Aktion von US-Präsident George W. Bush, der ja bekanntermaßen jedes Mittel zum Sturz Husseins einsetzen will, bestätigten sich nicht. Die Offiziere wollten ihren eigenen Putsch durchführen und seien nicht auf ausländische Hilfe angewiesen. Ein US-Interesse scheint auch deswegen unwahrscheinlich, da sich aus Entfernungsgründen nur schlecht als Militärbasis für einen Einsatz eignet.

HAVANA, Kuba

In einer einmaligen Bekundung der Solidarität mit seinem Delegierten bei den Vereinten Nationen trat Fidel Castro heute in Boxershorts vor sein Volk und verkündete das Ende der „Tiempo del pantalones.“